

**Annonce:**  
**Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. J. Ulrich & Co.  
Breitestraße 20.  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Neisse bei J. Matthäus,  
in Wreschen bei J. Padeboh.

# Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 116.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 2½ Mark, für ganz Deutschland 3 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Freitag, 15. Februar.

Abfertige 20 Pf. die schrägespaltene Zeitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

**Amtliches.**

Berlin, 14. Febr. Der König hat den Pfarrer Karl August Wilhelm Gottgetreu in Glüttland zum Superintendenten der Diözese Danziger Regierungsbezirk Danzig, und den Pfarrer Heinrich Rudolf Andrić in Pr. Stargardt zum Superintendenten der Diözese Stargardt-Berent, Regierungsbezirk Danzig, ernannt.

Dem Thierarzt erster Klasse Karl August Otto Enke zu Halle a. S. ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztsstelle für den Stadtteil Halle und den Saalkreis definitiv verliehen worden.

**Prenzischer Landtag.****Abgeordnetenhaus.**

49. Sitzung.

Berlin, 14. Februar. Am Ministerische: Dr. Friedberg, v. Gößler.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Berichte über Petitionen. Auf Antrag der Agrarkommission geht das Haus über die Petition der Protokollführern im Reiseort der Generalkommission zu Kassel um Anstellung von Protokollführern bei den Spezialkommisarien als Staatsbeamte zur Tagesordnung über.

Die Petition des Katasteramtsgeschäfts Manke zu Stargard wegen Aufhebung einer ministeriellen Anordnung, welche die Kündigung der bisberigen Stellungen der als Feldmesser nicht geprüften Katasteramtsgeschäfts und zugleich bestimmt, daß von diesen fernerhin technische Privatarbeiten nicht auszuführen — wird gemeinsam berathen mit der der Vermessung und Katasteramtlichen des preußischen Staates, welche petitionieren, daß sie bei den Katasterämtern wenn thunlich bei der Neuregularierung der Beamtengehalter, in den Staatsdienst übernommen werden, zunächst aber ihrem bisherigen Wirkungskreise, soweit nicht persönliche Gründe entgegenstehen, erhalten bleiben.

Abg. Götting fordert die Regierung auf, sich der betreffenden Beamten nach Möglichkeit anzunehmen.

Reg.-Komm. Katasteramtsdirektor Gauß: Die Regierung hat diesen Beamten nichts, wo es irgendging, ihr Entgegenkommen bewiesen und wird dies auch in Zukunft tun.

Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission entsprechend und geht dann über die Petition des Nikolaus Roth in Trier, um Änderungsfeststellung des kommunalen Wahlrechts der zur Wahl gestellten Offiziere zur Tagesordnung über.

Drei Gemeinden im Kreise Frankenberg, Regierungsbezirk Kassel, beschwerten sich, daß die ihnen zustehenden von Leher Landwirthechaftlich benutzten Grundstücke auf Grund des Gesetzes betr. gemeinschaftliche Waldungen, dem staatlichen Forstbetrieb und staatlicher Aufsicht deshalb unterstellt werden sollen, weil dieselben nach der anderen Regelung der Grundsteuer in dem neuen Kataster als "Höhlungen" ausgeführt werden.

Die Petition wird der Regierung zur Abhilfe überwiesen.

Vertreter der Parreien Neutershausen, Berneburg und Rockensüß führen wegen Beschädigung bei Ablösung von Besoldungsschulden Beschwerde; dieselbe wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Philip Hösner von Dauselbach beschwert sich über die Verweigerung eines Jagdscheines; die Beschwerde wird durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Stadt Münster i. W. war in früheren Jahrhundertern besetzt, namentlich mit einem Wall umgeben. Dieser Wall ist später zu einer Promenade hergerichtet worden. Der zum Fahr- und Reitweg bestimmte Theil der Promenade ist nicht chaussiert und nicht gepflastert. Um die Promenade ihrer Bestimmung zu erhalten, ist von der Stadt bestimmt worden, den Fahr- und Reitweg bei ungünstiger Witterung zu sperren. Die königliche Kommandantur zu Münster bat gegen Anbringung der Sperrvorrichtungen "auf Grund militärischer Interessen" Widerspruch erhoben, die königliche Regierung hat sich darin entschieden, daß die Sperrungen nur in den Stunden von 12 Uhr Mittags bis zum Eintritt der Dunkelheit stattfinden dürfen, und daß die Ketten an den eisernen Säulen nicht mit Schloßern befestigt, sondern nur — etwa mit Haken — so eingehängt werden, daß sie jederzeit ohne Schwierigkeit abgenommen werden können.

Magistrat und Stadtverordnete von Münster bitten nun das Haus, daß verletzte Recht und Interesse der Stadt schützen und darauf hinwirken zu wollen, daß die in den höheren Instanzen genehmigte Anordnung der königl. Regierung zurückgenommen werde.

Die Kommission für das Gemeindeverw. beantragt die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Abg. v. Liebermann beantragt Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Windthorst bittet besonders im rechtlichen Interesse den Antrag der Kommission anzunehmen.

Geb. Rath v. d. Brinken sucht nachzuweisen, daß die Verfügung des Interesse der Stadt Münster in keiner Weise schädigt und bittet um Übergang zur Tagesordnung.

Reg.-Komm. Major H. A. Berlin führt aus, daß der Widerspruch der Kommandantur in Münster aus militärischen Gründen sich erklärt, und daß die Militärverwaltung auf die freie Benutzung der Reit- und Fahrwege nicht verzichten kann.

Die Petition wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Das Haus erledigt hierauf die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Niemegk um Errichtung eines Amtesgerichts in Niemegk durch Übergang zur Tagesordnung.

Der Oberbürgermeister der Stadt Köln bittet um Verleihung der Befugnis an die städtischen Verwaltungen: die Hälfte ihrer Subaltern- und Unterbeamtenstellungen mit Nichtzivilversorgungsberechtigten zu besetzen.

Die Gemeindelokomission beantragt, die Petition, soweit es sich um die Besetzung der Subalternbeamtenstellen mit Militärwärtern handelt, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geb. Rath Noelle: Die Regierung sammelt gegenwärtig statistisches Material für Erledigung der Frage und kann früher eine Revision nicht eintreten lassen. Ich möchte Sie daher bitten, die Petition der Regierung nur als Material, nicht aber zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Hahn beantragt, die Kommission zu einer schriftlichen Berichterstattung über die Motive ihres Antrages aufzufordern.

Abg. Dr. Windthorst will dem Kommissionsantrage nicht entgegentreten, aus diesem Antrage aber auch kein Präjudiz für die Frage der Militärwärter berleiten lassen.

Der Antrag des Abg. Hahn wird angenommen und der Gegenstand an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückgegeben.

Magistrat und katholischer Schulvorstand in Gnesen petitionieren wegen Ausschaltung mehrerer ländlicher Ortschaften aus der Gnesener katholischen Schule. Das Haus geht über die Petition zur Tagesordnung über.

Die Petitionen des Vaters May in Gonimbitz und des Vaters Stagracynski in Bonn um Freilassung der Geistlichen von Schulbeiträgen, und die der Stadtverordneten-Versammlung von Geldern um Wiedergewährung früher bezogener Staatszuschüsse zu Lehrergehältern werden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

114 geprüfte Zivilwärter des Justizdienstes in Berlin, welche sämmtlich die Prüfung als Gerichtsschreiber bzw. Aktuar erster Klasse abgelegt zu haben behaupten, petitionieren um Abhilfe ihrer traurigen Lage. Die Petenten bitten, das Abgeordnetenhaus wolle

1. entweder dafür Sorge tragen, daß bei der am 1. April 1885 in Aussicht gestellten Zurücknahme der Kassen die bei der Steuer angestellten ehemaligen Justizbeamten nicht mit übernommen werden,

oder

2. der Staats-Regierung ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit alle bei der Justiz beschäftigten geprüften Justizwärter für die von ihnen geleisteten Dienste remunerirt werden.

Berichterstatter Abg. Beiser erklärt, daß die Lage der Petenten in der Kommission als eine sehr traurige anerkannt worden sei, daß jedoch die Vorschläge der Petenten zur Abhilfe ihrer Not unzureichbar seien.

Das Haus geht auf Antrag der Kommission zur Tagesordnung über.

Von einer Anzahl Lohnschreiber sind eine Reihe im Wesentlichen gleichlautender Petitionen — und zwar 33 — an das Abgeordnetenhaus gelangt, in welcher sich dieselben über die durch die neue Gesetzesverfassung herbeigeführte Verschlechterung ihrer Lage beklagen und um Aufbesserung reip. Sicherung ihrer Existenz bitten.

Die Petitionen werden der Regierung als Material überwiesen.

Der Antrag des Abg. Beiser und Gen.:

Die Staatsregierung aufzufordern, daß Strafverfahren gegen den Abg. Dr. Meyer (Breslau) wegen Übertretung des Preßgesetzes, in welchem gegen das freiprechende Erkenntnis der Strafkammer V des königlichen Landgerichts I zu Berlin vom 19. November 1883 von der königlichen Staatsanwaltschaft die Revision eingelegt und zur Hauptverhandlung auf den 28. Februar cr. vor dem königlichen Kammergericht Termin abraumt ist, auf die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode festzusetzen zu lassen,

wird ohne Diskussion angenommen.

Die Magistrate der Städte Posen und Tilsit haben petitioniert, daß Haus wolle die Regierung erüben, nach dem Vorbilde der Unterrichtsverwaltung von Elsaß-Lothringen eine Kommission beauftragt, Gutachten über das höhere Schulwesen in Preußen einzusehen, um auf Grund desselben die genügenden Maßnahmen zur Verhinderung einer für die gebildete Jugend Deutschlands immer drohender werdenden Gefahr des körperlichen Rückgangs zu treffen.

Diesen Petitionen haben sich dann der Zentralverein für Körperpflege in Volk und Schule und aus mehr als 80 Städten die Magistrate, Kuratoren höherer Lehranstalten, Lehrerkollegen, Turn-, Bildungs-, Handwerker- und ärztliche Vereine angeschlossen.

Die Unterrichts-Kommission beantragt, die Petition der Regierung mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß die Frage, ob eine Überbildung der Schüler an unseren höheren Lehranstalten stattfinde und welche geeigneten Vorschläge zur Abhilfe zu machen seien, der eingehendsten Prüfung im Anschluß an bereits eingeleitete Untersuchungen unterzogen werde.

Abg. Dr. Langerhans: Wenngleich ich glaube, daß die Kommission durchaus nicht wesentliche Mängel in ihrem Gutachten aufgedeckt hat, so bleibt doch die ganze Frage für uns eine überaus ernste, obwohl die Schwierigkeit der Lösung nicht verkannt werden darf. Namentlich kommt ja die Verschiedenheit des für die Beurtheilung körperlicher Tüchtigkeit angelegten Maßstabes in Betracht; aber da hat es sich trotz der hohen Anforderungen beim Militärdienst doch herausgestellt, daß wir noch eine erheblich größere Zahl von Rekruten haben, als wir bei einer dreijährigen Dienstzeit gebrauchen. Ist aber dennoch die von mancher Seite ausgesprochene Befürchtung begründet, daß ein körperlicher Rückgang unserer Nation vorhanden sei, so halte ich den Antrag der Kommission durchaus nicht für genügend, um so mehr, als ja auch die Regierung bereits einen Schritt zur Förderung der körperlichen Ausbildung in den Schulen gethan und ein Erlass des Herrn Kultusministers sich mit der Lehrmethode nicht ganz einverstanden erklärt hat. Ich möchte es daher für richtiger halten, wenn wir versuchen, die Regierung zu veranlassen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, und erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Petition an die königliche Staatsregierung dahin zur Berücksichtigung zu verweisen, daß die königliche Staatsregierung auf dem eingeschlagenen Wege der größeren Beachtung der körperlichen Ausbildung und Verbesserung der Lehrmethode an den höheren Schulen mit allem Nachdruck vorgeht. Unser Ziel bei aller Erziehung ist ja nun die gleichmäßige Ausbildung von Körper und Geist; da muß denn aber ein Fehler in unserem System vorliegen, wenn wir die Begierde der Kinder, womit sie alles neue zu erlernen streben, vergleichen mit der Freude, mit der sie von der Schule abgehen und alle Bücher wegwerfen. Vor allem scheint mir daher auf dem Gebiete des Turnunterrichts eine Reform nötig zu sein, nicht allein in Bezug auf die Vermehrung der Stundenzahl, sondern auch hinsichtlich der Methode. Eine kleine Broschüre, von dem Sohne des Abgeordneten Birchow über den merkwürdigen Einfluß des preußischen Parademarsches gibt manche guten Inhaltspunkte dafür und zeigt namentlich den Einfluß einer straffen körperlichen Ausbildung auf die ganze Erziehung. (Beispiel.) Die jungen Leute müssen vor allem öfter mit ihren Lehrern auch im Freien zusammenkommen, und wenn auch der Herr Kultusminister in dieser Sache schon An-

ordnungen gegeben hat, so sind das doch nur Winke. Wenn wir ihm daher sagen, daß er auf dem Wege sei, den wir wünschen, kann er weiter vorgehen und namentlich durch die Einführung von Turnspielen und Turnfahrten außerordentlich viel wirken. Allerdings haben Sie (rechts) eine solche Anordnung erschwert, als Sie vor einigen Jahren das Fortschrittsgebot annahmen (Widerspruch rechts) und uns dadurch auch die Staats- und Gemeinde-Forsten verschlossen, ich hoffe aber, daß im Interesse dieser Sache die Handhabung des Gesetzes ein wenig milder wird. Die Turnfahrten und Spiele müssen aber nicht unter Aufsicht allein der Turnlehrer, sondern gerade der wissenschaftlichen Lehrer stattfinden, damit dieselben Gelegenheit haben, im freien Verkehr mit ihren Zöglingen deren Charakter ein wenig genauer kennen zu lernen. Aus den bloßen schriftlichen Arbeiten in der Schule ist nur ein oberflächliches Urtheil über den Schüler möglich, da man nie wissen kann, mit welchen guten oder schlechten Hilfsmitteln sie angefertigt sind. So würden zugleich die Strafarbeiten eine Beschränkung erfahren können und durch den lebendigen Verkehr mit den Lehrern mehr Lust und Liebe zu den gelehrt Gegenständen gewekt werden. — Ebenso halte ich es nicht für richtig, daß einzelne Gegenstände wie Latein und Griechisch so auf der Schule gelehrt werden, daß sie mehr einer Vorbildung für einen Philologen gerecht werden, also über die Aufgabe der Schule eigentlich hinausgehen. Demnach ließe sich wohl eine Mildierung der Vorschriften über das Examina ermöglichen, so daß mehr das allgemeine Urtheil als die Kenntnis der einzelnen Gegenstände maßgebend sein soll. — Ebenso ließe sich gewiß, wenn wir beim deutschen Reich oder der Armeeverwaltung eine Ermäßigung der Anforderungen für den einjährig-freiwilligen Dienst erwirken könnten, der Überschuß der höheren Schulen vorbeugen. Selbst wenn ich das bei den Füsiliercorps vorhandene Bestreben anerkenne wollte, nicht allein befähigte Offiziere zu haben, sondern auch solche aus guten Familien, so wird ja durch eine solche Änderung um so weniger etwas geändert, als schon jetzt eine Auswahl unter denen stattfindet, die nach einjähriger Dienstzeit den Anspruch haben, als Reserveoffiziere einzutreten. — So unterscheidet sich mein Antrag ja nur wenig von dem der Unterrichtskommission; aber mir ist die ganze Frage eine zu ernste, um wie die Kommission, mich damit zu überzeugen, der Regierung dieselbe lediglich als Material zu überweisen. (Beispiel links.)

Abg. Dr. Berger klagt, daß auf den höheren Schulen an die Schüler zu groÙe Anforderungen gestellt würden, daß all zu sehr ein encyclopädisches Wissen angestrebt werde, welches zu nichts nutze nur den Geist unnötig belaste und in Folge dessen auch nachteilig für den Körper wirke. Medien verlangt endlich größere Berücksichtigung der körperlichen Pflege auf den Schulen. (Beispiel im Zenitum.)

Abg. Dr. Langerhans tritt gegen den Antrag des Abg. Langerhans ein, den er in diem Stadium der Verhandlungen nicht mehr für opportun hält. — Wenn Abg. Langerhans das Fortschritts- und Feldpolizeigesetz für den körperlichen Rückgang unserer Jugend verantwortlich gemacht hat, so ist das doch wohl nicht zutreffend. Derartige Klagen gegenüber jenem Gesetz sind bisher doch noch nicht laut geworden. Besonders aber für Berlin ist ein solcher Vorwurf gar nicht zu verstehen, da hier überall auf Paraden, im Thiergarten, im Grunewald das Publikum ungehindert sich bewegen kann. — Die Überbildung der Schüler beruht in sehr hohem Maße auf den allzu umfangreichen häuslichen Arbeiten. Die Lehranstalt soll nicht allein das Wissen, sondern doch auch, und ganz besonders, die Erziehung fördern. In dieser Beziehung aber zeigen sich gegenwärtig sehr viel Nebenstände, überall in den einzelnen Disziplinen werden Paradeferderungen geübt, und daher zeigt es sich oft, daß Viele, die in der Schule als sehr begabt und tüchtig gegolten, im Leben dann sehr zurückgesrieben. (Beispiel rechts.)

Geb. Rath Bonitz: Der Turnunterricht wird nicht, wie ein Vorredner behauptet hat, von den Schülern gering geschätzt — die Dispensionsgesuche für den Turnunterricht haben nachgelassen. Durch seine Verordnung über die Anlage von Spielplätzen konnte und wollte der Minister nur eine Anregung geben; diese Anregung aber hat, wie Berichte aus vielen Provinzen zeigen, bereits jetzt guten Erfolg gehabt. — Es ist dann auf die Nebenstände hingewiesen, die im Unterricht sich zeigen, und besonders das "Bielerlei" getadelt. Dieses "Bielerlei" ist aber die Grundlage für die allgemeine Bildung. In den letzten 50 Jahren ist dem Unterricht nichts hinzugefügt worden, während in vorangegangen und vorvorigen Jahrhundert noch viel mehr Disziplinen gelehrt und gelernt wurden. Von dem, was jetzt als Bielerlei getadelt wird, wird sich aber wenig strecken lassen. In der Beziehung der Forderungen, die an die Schüler gestellt werden, sind die Vorredner doch zu weit gegangen. Es wird keineswegs die Forderung gestellt, daß am Gymnasium die Schüler Latein sprechen lernen — wenn sie es erlernen, wird es freudig begrüßt, aber eine Forderung ist es nicht. Der Vorwurf, daß der Gedächtnisstoff so wenig beschränkt wird, ist auch nicht völlig zutreffend; er trifft nicht das ganze höhere Schulwesen, sondern nur einige Ausnahmefälle und diese Ausnahmefälle dauernd zu verringern, ist ja die Regierung anhaltend bemüht. Auch ist besonders im Geschichtsunterricht der Gedächtnisstoff beschränkt worden. Jedenfalls aber danke ich für die Anregungen, die hier auch jetzt wieder in der Diskussion gegeben sind, die Regierung wird fortfahren, wie bisher diese Anregungen in Erwägung zu ziehen und eventuell zu berücksichtigen.

Berichterstatter Abg. Dr. Kratzschel vertheidigt die Lehrer gegen einige Neuerungen des Abg. Langerhans und warnt vor einer Überbildung der Lehrer. — Der Antrag der Kommission erreicht mindestens denselben Zweck wie der des Abg. Langerhans, präzisiert aber die Wünsche des Hauses weit besser.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen. Das Lehrerkollegium des Realgymnasiums zu Perleberg bittet das Abgeordnetenhaus, in der gegenwärtigen Session dahin wirken zu wollen, daß das Gesetz vom 20. Mai 1882, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisten der unmittelbaren Staatsbeamten, auf die Lehrer an den höheren städtischen Anstalten und Stiftsschulen ausgedehnt, und die dadurch entstehenden Mehrkosten auf die Staatskasse übernommen werden.

Die Lehrerkollegien von 41 höheren Lehranstalten haben sich in gleichlautenden Petitionen dieser Bitte angeschlossen.

Die Unterrichtskommission beantragt, die Petitionen der Regierung zu möglichst baldiger Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Kratzschel bestätigt den Antrag der Kommission. Abg. Schmidt (Stettin): Es haben bisher nur zwei Städte,

Berlin und Köln, aus eigener Initiative das Rechtsgesetz ausgesetzt; es zeigt dies, wie schwierig und mit Opfern verknüpft diese Ausführung für die Kommune ist.

Das Haus tritt dem Antrage der Kommission bei.

Dieselben Gegenstand behandelt eine Petition der Oberlehrer an den königlichen Ober-Realschulen zu Breslau, Brieg und Gleiwitz. Die Petenten führen aus, daß sie bisher vergebliche Schritte getan hätten, um der Wohlthaten des Rechtsgesetzes theilhaftig zu werden, vorgesetzte Behörden beugt der Behandlung dieser Angelegenheit von einander abweichende Ansichten entwickelt. Die Regierung zu Liegnitz habe nämlich die Heranziehung mit 3 Prozent des vollen Gehalts zu den Wittm- und Waisengeldbeiträgen verfügt, die Regierung zu Frankfurt die Heranziehung mit 3 Prozent des halben Gehalts, das Provinzialschulkollegium zu Breslau endlich habe die erbetene Heranziehung vollständig abgelehnt. Der Unterrichtsminister habe ebenfalls dahin reistribt, daß die Lehrer an den nicht ausschließlich aus Staatsfonds unterhaltenen Gewerbeschulen den Bestimmungen jenes Gesetzes nicht unterliegen. Die Petenten glauben sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen zu können.

Die Unterrichtskommission beantragt, die Petition der Regierung zu der Erwögung zu überweisen, wie der bestehenden Notlage der Petenten abzuheben sei.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Rückste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Kreisordnung und Provinzialordnung für Hannover.

Schluss 3 Uhr.

## Priese und Zeitungsberichte.

Berlin, 14. Februar.

Dem Bundesrat ist heute das Unfallversicherungsgesetz und ein Gesetzentwurf betr. Abänderung des Hilfskassengesetzes vorgelegt worden. Der letztere enthält die Abänderungen, welche in Folge des Glusses des Krankenfassengesetzes oder auf Grund der bisherigen Erfahrung der Reichsregierung erforderlich erscheinen.

Der Nachtrag setzt, dessen Vorlegung noch vor der dritten Beratung des Staats angekündigt ist, soll sich zunächst auf die neuerdings verstaatlichten Eisenbahnen beziehen. Ob die Regierung, um den Antrag Ritter-Bender zu überbieten, gleichzeitig eine Erhöhung des Emeritifonds über 800 000 M. hinaus beantragen wird, scheint noch zweifelhaft; nötigenfalls würde von liberaler Seite nachgeholfen werden, nachdem selbst der Finanzminister anerkannt hat, daß die Erhöhung des Fonds um 100 000 M. höchstens hinreiche, eine kleine Linderung des Notstandes herbeizuführen. — Auch das Kommunalsteuergesetz soll soweit fertiggestellt sein, daß es nur noch der Ermächtigung des Kaisers zur Einbringung der Vorlage bedarf.

Wie die „Lib. Korr.“ hört, sind seitens der Reichsregierung die Vorarbeiten zu einem Gesetzentwurf betr. die Erhöhung der Aufbenundersteuer bereits im Gange.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ stellt anlässlich der beabsichtigten amerikanischen Repressionsmaßregeln gegen das Verbot der Einführung amerikanischen Schweinefleisches nach Deutschland einen Krieg mit Amerika in Aussicht. Das Regierungsschiff hat einen dieser Angelegenheit behandelnden Artikel folgendermaßen:

Eine unabhängige Regierung kann auf jeden Einschließungsversuch nur durch entsprechende Gegenmaßregeln antworten, d. h. in dem vorliegenden Falle durch Gegenrepräsentation, bestehend in Erhöhung der deutschen Sätze und sodann durch andere, den Verkehr zwischen beiden Ländern betreffende gesetzliche Einrichtungen.

Wien, 14. Februar. Das Abgeordnetenhaus begann die Beratung der Ausnahmeverfügungen für Wien. Der Ministerpräsident, Graf Taaffe, erklärte, die Regierung habe lange gehörgert, bis sie die Ausnahmeverfügungen beschlossen habe. Sie habe in Erwägung gezogen, ob sie mit den gewöhnlichen Gelehen auskommen könne, sei aber zu der Überzeugung gelangt, daß das weitere Umschreiten der anarchistischen Partei außerordentliche Maßregeln verlangt.

Was die Form anlangt, so habe die Regierung in dem Gesetze vom Mai 1869 eine gebundene Maßregelvorschrift, ohne dieses Gesetz hätte die Regierung eine besondere Vorlage machen müssen, sei es unter dem Namen Sozialgesetz oder Sicherheitsgesetz. Die Regierung habe dies aber nicht gedurft, weil die Gesetzgebung schon vorgesorgt hätte. Das Gesetz vom Mai 1869 ertheile der Regierung eine Berechtigung, eine im Gesetz gegebene Berechtigung sei aber für eine pflichttreue Regierung eine Verpflichtung. (Beifall.) Die Kriterien des Gesetzes seien vorhanden und die Regierung habe im Hause und im Ausschuß die Thatachen mitgetheilt. Der Umfang der Verordnung sei durch das Gesetz von 1869 festgestellt und die Executive sei berufen, den Zeitpunkt des Wiederaufbördes der Verordnung zu beurtheilen. Zur Benutzung des Gesetzes aber bedürfe die Regierung keines Vertrauensvotums, denn das sei das Recht aller Ministerien. Man habe gefragt, woher die Regierung so allgemeine weitgehende Rechte brauche, es würde aber keinen guten Eindruck gemacht haben, wenn man die Grundrechte nur für die Arbeiter suspendirt hätte, denn es gebe viele gute Arbeiter, denen man eher ein Ehrenegesetz ertheilen müsse. Die Aufhebung der Pressefreiheit sei nothwendig gewesen, um die „Zulunft“ unterdrücken zu können. Ein Vorredner habe bedauert, daß das Ministerium nicht die Gelegenheit benützt, um eine Vorlage einzubringen, die von allen Parteien angenommen worden wäre, wie habe man aber vermuten können, daß die Herren eine Verordnung ablehnen würden, die sich auf ihr eigenes Gesetz stütze? (Heiterkeit.) Anlangend die Erklärung, daß die Maßregel nur gegen die Anarchisten benutzt werden solle, so wäre es ein Verstößen, einen Zweck vorauszudrücken und einen anderen Zweck zu verfolgen, das würde nicht ehrlich sein, das könne man von keiner Regierung vermuten. Es werde behauptet, die Maßregel gelte dem Liberalismus: „wenn ich den Liberalismus für so gefährlich hielt, würde ich offen gegen ihn losgeben.“ (Beifall.) Die Regierung werde die Bestimmungen der Verordnung mit Ernst durchführen und keine anderen Ziele verfolgen, als nur gegen die anarchistischen Umtreiber vorzugehen, die Regierung habe keine rationalen Tendenzen und wenn die Verordnung reaktionär sei, so seien Diejenigen Reaktionäre gewesen, die im Jahre 1869 das Gesetz gemacht hätten. (Beifall.) Die Regierung habe die Verordnung erlassen, um die Bürger vor Mord und Brand zu schützen, der Sozialismus aber müsse durch andere Mittel gebeut werden, die Regierung habe sich eifrig mit den Arbeitern in den Fabriken und mit den Feldarbeitern beschäftigt, „denken Sie nur an das Unfallgesetz. Ich schließe mit der Bitte, nehmen Sie bald das Unfallgesetz in die Hand!“ (Beifall.)

Von der Linken nahmen Scharschmidt, Fürnkranz und Egner, von der Rechten v. Hohenwart das Wort. Nach erfolgter Annahme des Debattenschlusses sprach noch der Generalredner der Linken, Süss. Die Abstimmung erfolgt morgen, nachdem

noch die beiden Berichterstatter das Wort erhalten haben. Der Abg. v. Hohenwart wandte sich hauptsächlich gegen den Minoritätsbericht, der in den vorgelösten Minnen keinen Zusammenhang, kein Wirken einer verbrecherischen Korporation erkenne; wie viel Leute sollten denn noch umgebracht werden, bis der Berichterstatter der Minorität belehrt werde? sollte es zu Massenmorden kommen? Die Angriffe des Minoritätsberichts gegen die Majorität seien geradezu beleidigend. Die Suspendierung der Freiheiten sei ein schweres Opfer, aber das Leben der Bürger und Arbeiter ertheile dasselbe. Das Versprechen der Regierung sei keine rein persönliche Abmachung, sondern ein Vertrag der Staatsverwaltung mit der Volksvertretung, darauf könne man vertrauen. Die verbrecherische Propaganda müsse ausgerottet werden. v. Hohenwart empfahl die Annahme des Majoritätsantrags.

(gegen 3542 M. im Vorjahr); Abgaben und Lasten 9871,53 M. zuvorhergehobene Ausgaben 300 M. Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 21 884,53 Mark.

Über den Etat für das Feuerlöschwesen berichtet der Name der Finanzkommission Stadt. Ad. Kantorowicz. Eine längere Diskussion entwickelt sich dabei in Betreff der vom Magistrat beantragten Ausgabe von 21 696 M. (gegen 19 800 M. im Vorjahr) für Feuerwehrmannschaften, und zwar für 2 Oberfeuerwehrmänner (pro Monat a 100 M.) 2400 M.; für 4 Oberfeuerwehrmänner (pro Monat a 87 M.) 4176 M.; für 4 Feuerwehrleute (Telegraph) pro Monat a 75 M. 3600 M.; für 16 Feuerwehrleute (pro Monat a 60 M.) 11 520 M. — Die Kommission befürwortet die Genehmigung dieser Position; Stadt. Brodniz u. Stadt. Jädel sprechen sich dagegen aus, daß das Gehalt der Oberfeuerwehrmänner pro Monat um 12, resp. 15 M. erhöht werde; Stadtbaurath Grüder befürwortet den Magistratsantrag.

Stadt. Rosenfeld ist der Ansicht, daß wer es mit dem Gemeindewohle, mit der öffentlichen Sicherheit gut meint, die beantragte Position bewilligen müsse. Wir haben jetzt in unserer Stadt ein Feuerlöschmaterial, so vorläufig, wie wenig andere Pläne von gleicher Einwohnerzahl. Es sei das Gewicht darauf zu legen, daß die Oberfeuerwehrmänner wirklich geschulte Fachmänner seien, da nur solche eine Garantie dafür bieten, daß im Moment der Feuergefahr auch Alles mit der nötigen Sachkenntnis dirigirt wird. Durch eine Ersparnis von einigen 100 M. müsse man aber mit weniger befähigten Männer sich begnügen, und seien die Konsequenzen hierauf bei Feuergefahr nicht abzusehen, falls die leitenden Personen nicht die nötige Sachkenntnis und Energie besitzen. Wenn behauptet werde, daß die Einnahmen des Etats sich mit den Ausgaben nicht decken, so sei dem entgegen zu halten, daß durch tüchtig besetzte Oberfeuerwehrmänner der Stadt Manches eingebracht wird, z. B. bei der Ausführung von Pfaster- und anderen städtischen Arbeiten, da durch geeignete Dirigenten auch auf die Förderung der Arbeiter ein großer Einfluß ausgeübt werde. Es möge demnach die Position bewilligt werden. — Eine fernere Diskussion entwickelt sich darüber, ob die Ablösung von feuerlöschpflichtigen Personen (4809 M.) beizubehalten sei. Stadt. Kirsten beantragt, diese Position mit Rücksicht darauf, daß die Ablösung nur nach zwei Sätzen (3 M. und 8 M. pro Jahr) erfolge und für den Unbemittelten drückend sei, abzusehen, und die 4809 M. dasse als Kämmererguth zu bewilligen; in gleichem Sinn sprechen sich die Stadt. Jädel und Dr. Landberger aus; doch beschließt die Versammlung die Beibehaltung der Position. — Der Etat für das Feuerlöschwesen wird hierauf in folgender Weise festgestellt: Einnahme. Aus Ablösungen von Feuerlöschpflichtigen und von Feuerwehrleuten 4949 M. (gegen 5138 M. im Vorjahr); Zuschuß der Provinzial-Feuerwehr 950 M. (gegen 1694 M. im Vorjahr); Arbeitslöhn für ausführende Kommunalarbeiten durch die kontraktlich angenommenen Feuerwehrmannschaften in freier Wacht-Dienstzeit 10 950 M. (gegen 8736 M. im Vorjahr), durch die 20 Druckmannschaften 10 500 M. (gegen 8736 M. im Vorjahr), Summa 21 400 M. (gegen 17436 M. im Vorjahr); für gestellte Sicherheitswachen 1700 M. (gegen 1300 M. im Vorjahr); Insgesamt 655 M.; Zuschuß aus der Räumungskasse 24 771,10 M. (gegen 22 848,82 M. im Vorjahr) Ausgabe. Persönliche Ausgaben 36 829 M., davon den Feuerwehrmannschaften (wie oben angegeben) 21 696 M. (gegen 19 800 M. im Vorjahr), den 20 Spieldruckmännern (pro Woche 10,50 M.) 10 920 M. (gegen 8736 M. im Vorjahr), den Reservemannschaften bei größeren Bränden 370 M. den Militär-Druckmannschaften (neue neue Position) 480 M., Gespanne 2221 M. Löschgeräte 3857,26 M. (gegen 3330 M. im Vorjahr); Telegraphenleitung 3150 M., davon zur Neuanlage einer Feuer-Weldestation außer den bereits vorhandenen 15 Stationen. Stadt. Ad. Kantorowicz fordert bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß bei Neuanlage einer Station die Unterhaltung verhindert werden möge. Rietber 2163 M. Beleuchtung. Beleuchtung aus Beihilfe 990 M., insgesamt 424,90 M., davon bestehende Beihilfe 2197 M. (die Finanzkommission fordert weiter bestehende Beihilfe aus, daß Magistrat auf Reparaturen der alten Latte beauftragt möge) zu Reparaturen für Dienstkleidung der Soldaten Druckmannschaften 700 M.; für unverdiente Fälle 400 M. (gegen 1230,60 M. im Vorjahr). Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 54 475,10 M.

Hiermit erreicht die Sitzung, welche 4 Uhr Nachmittags begonnen hat, 7 Uhr Abends ihr Ende.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 15. Februar.

d. [Eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck.] Im Herbst 1882 brachte der Krakauer „Gaz“ den Inhalt einer Unterredung, welche Fürst Bismarck mit einem von ihm eingeladenen polnischen Magnaten in Barzin in Betreff der Stellung gehabt haben sollte, welche die Polen im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Russland einnehmen würden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestritt damals, wie üblich, die Wahrheit dieser Meldung, der „Gaz“ aber blieb dabei stehen, daß dieselbe richtig gewesen sei. Vor einigen Wochen ist nun in Leipzig das bekannte Buch: „Bismarck, zwölf Jahre deutscher Politik“ erschienen und diese erwähnt gleichfalls jener Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und einem polnischen Magnaten. Es wird mitgetheilt: vor zwei Jahren habe ein angesehener Pole mit dem Fürsten Bismarck eine Unterredung gehabt, in welcher der letztere sich ruhig die Idee der Wiederherstellung Polens vortragen ließ. Jener angesehene Pole sei im Jahre 1881 vom Fürsten Bismarck zu dieser Unterredung „als Belenner konservativer und monarchischer Ideen und eifriger Patriot, welcher jedoch mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen versteht“ eingeladen worden und sei dieser Einladung auch gefolgt. In dem Buche wird nun weiter die Unterredung ganz in derselben Weise mitgetheilt, wie es damals der „Gaz“ tat. — Der „Dziennik Poznań“ bemerkte hierzu:

Unsere Zukunft hängt nur von uns selber, nur von dem moralischen und materiellen Werthe des Kapitals ab, welches wir auf den Markt der europäischen Lage zu bringen im Stande sind, und nicht von solchen Unterredungen, auch nicht von den Wünschen der mächtigen Staatsmänner ab.

r. Die Versammlung der selbständigen Kaufleute und Handlungsgesellschafter, welche gestern Abends bei der Beratung der in dem Kramenkassen-Gesetz vom 15. Juni 1883 enthaltenen Bestimmung, wonach den Handlungsgesellschaftern und Handlungsbüchlein die Verpflichtung, sich gegen Krankheitsgefahr zu versichern, durch statutarische Verfügung der Kommunalbehörde auferlegt werden kann, in dem Handelsraume unter zahlreicher Beteiligung stattfand, beschloß ein Gesuch an die städtischen Behörden der Stadtgemeinde Posen: „von dem ihnen laut § 2 Nr. 2 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 eingeräumten Rechte, den Krankenversicherungswang auch auf Handlungsgesellschaftern und Lehrlingen zu erstrecken, keinen Gebrauch zu machen.“ Nächster Bericht behalten wir uns vor.

# Telegraphische Nachrichten.

Warschau, 14. Febr. (Privat-Tel. der "Pos. Btg.") Die Berliner Financiers Mendelssohn und Bockstein bewerben sich bei der Regierung um die Konzession für den Bau einer Eisenbahlinie Chelm, Hrubieszow zur österreichischen Grenze als Zweiglinie der Weichselbahn.

Breslau, 14. Febr. Die "Schlesische Zeitung" meldet aus Schwientochlowitz die Auflösung der Walzeisenkonvention.

München, 14. Febr. Die Abgeordnetenkammer hat bei der fortgesetzten Berathung sämtliche, auch die von dem Minister des Innern als unannehmbar bezeichneten Punkte des auf Beschränkung der Berechtigungsfreiheit gerichteten Antrages des Abgeordneten Kehler in namentlicher Abstimmung mit 82 gegen 64 Stimmen angenommen. Der Minister und die gesamte Räte hatten sich wiederholt und energisch dagegen ausgesprochen.

Stuttgart, 14. Februar. Der "Staatsanzeiger für Württemberg" meldet: Die Nachrichten aus San Remo über das Beinden des Königs laufen fortwährend bestreitigend. Nach einem 3 Monate dauernden Aufenthalt dasselbe machte die Genesung des Königs sehr erhebliche Fortschritte, was vornämlich der früheren Abreise nach der Riviera zu danken ist. Die ärztlichen Untersuchungen bestätigen die erfreuliche Wahrnehmung, daß die Atemfunktionen des erkrankten Theils der linken Lunge wieder normaler geworden sind, jedoch erscheine bei der andauernden Empfindlichkeit dieser Stelle und weil die latarrhatische Affektion noch nicht vollständig gehoben ist, eine noch längere Dauer des Aufenthalts räthlich, auch wird der König sich wohl noch später für lange Zeit jede die Lunge stark in Anspruch nehmende Bewegung, wie Bergsteigen, Reiten &c. verfügen müssen.

Darmstadt, 14. Febr. Die zweite Kammer beschloß, die Regierung um eine Vorlage wegen einer umfassenden Enquête über die Lage des kleinen und mittleren Grundbesitzes nach Analogie der in Baden durchgeföhrten Erhebungen zu ersuchen und vertrug sich sodann bis zum 4. März.

Paris, 14. Febr. Die Oputtentkammer hat den Art. 2 des Gesetzentwurfs über das Verbot von Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, welche aufrührerische Rufe und Lieder, sowie aufrührerische Anschläge mit Strafe belegt, in der vom Ministerium beantragten Fassung genehmigt. Die Weiterberathung des Gesetzentwurfs erfolgt nächsten Sonnabend.

Die Budgetkommission beschloß einstimmig, die Bestimmungen des Gesetzes über den Primärunterricht, durch welche neue Ausgaben herbeigeführt werden, dem Wunsche des Ministeriums gemäß zu befestigen. — Der "National" hält den Rücktritt des Finanzministers für sicher, ein Nachfolger für denselben sei aber noch nicht designirt. — Die "Liberté" erklärt die Blattmeldung von einer Unterredung des Ministerpräsidenten Ferry mit Leon Say für unbegründet.

Die Regierung hat beschlossen, in das Budget von 1885 eine neue Ausgabe aufzunehmen zu lassen, die Anwendung d. s. Elementarlehrerzeuges, nach welchem eine Erhöhung der Lehrergehalte eintreten soll, in die auf Wettere verschoben, die Herstellung des Gleichgerichts im Budget ist damit gesichert, ohne daß es der Einführung einer neuen Abgabe bedarf. — Ein Telegramm des Gouverneurs von Cochinchina meldet, daß die Kabelverbindung mit Tonkin glücklich hergestellt sei.

Das "Journal officiel" veröffentlicht eine Kundmachung des Finanzministeriums, worin die Subskribenten auf die Anleihe benachrichtigt werden, daß von morgen ab die Inhaber von Empfangscheinen über nicht liberirte Zeichnungen voll berücksichtigt werden, die Inhaber von Empfangscheinen über liberirte Zeichnungen von 1500 Franks Rente und mehr zunächst eine Kontoverlängerung von 33 p.Ct., vorbehaltlich einer weiteren Zulassung erhalten werden.

Madrid, 13. Febr. Nach dem vorliegenden Abschluß haben in dem Staatsjahr 1882—83 die budgetmäßigen Einnahmen die Voranschläge um 37 Millionen Pesetas überstiegen. Die der Regierung nahestehenden Blätter erklären die fortgesetzten Mittheilungen französischer Blätter über republikanische Agitationen in Spanien für völlig unwahr.

Petersburg, 14. Febr. Die Verfassung des Generalleutnants Kochanow zum Birol-Adlatus des Generalgouverneurs von Wilna, Kowno und Grodno wird nunmehr durch den "Regierungsanzeiger" mit der Bestimmung veröffentlicht, daß der selbe für die Zeit der Abwesenheit des Generals von Tolsteben mit der Bewegung des Amtes des Generalgouverneurs beauftragt werde.

Newyork, 13. Febr. Die Überschwemmungen dauern fort, in Cincinnati steht das Wasser jetzt 2 Fuß höher als im Jahre 1883. In Cincinnati ist für die Nothleidenden ausreichende Fürsorge getroffen, aber in ca. 50 anderen Plätzen am Ohio herrscht furchtbare Elend. In Wheeling sind noch gegen 10 000 Personen obdachlos. Durch einen Hagelsturm ist der telegraphische Verkehr im Westen stark unterbrochen.

London, 14. Febr. Der Generalkonsul Baring telegraphiert heute um 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Nachmittags: General Gordon meldet, der Telegraph zwischen Khartum und Chandy ist wiederhergestellt; ich bin im Begriffe nach Khartum zu gehen und glaube, Sie brauchen keine weitere Besorgniß über diesen Theil des Sudans zu haben; alle Leute ohne Unterschied sind herzlich froh, von einer Verbindung bereit zu werden, die ihnen nur Kummer verursacht.

London, 15. Febr. Die englische Regierung hat den von Gordon behufs Regelung der Verhältnisse im Sudan mitgetheilten Plan veröffentlicht, der die Restituirung der Abkömmlinge der früheren Sultane vorschlägt, denen es freigeschenkt, zwischen ihrer Unabhängigkeit und der Suprematie des Mahdi selbst zu wählen. Die ägyptischen Beughäuser in den Sudanprovinzen

sollen den betreffenden Sultanen übergeben werden. In Khartum, Dongola, Kassala und allen solchen Städten, wo keine Regentenfamilie ist, soll die Entscheidung den Einwohnern überlassen werden. Gordon erklärt, der Sudan sei ein unnützes Besitzthum und die englische Regierung sei vollständig gerechtsam, wenn sie die Räumung des Sudans anempfohlen hat.

Kairo, 14. Febr. Der ägyptische Staatsrat ist durch ein Dekret des Kedives aufgehoben worden.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gef. Grad.
14. Nachm. 2	765,0	Nö schwach	bedeckt	+ 20
14. Abends 10	766,8	Nö mäßig	bedeckt	+ 1,5
15. Morgs. 6	768,6	Nö mäßig	bedeckt	+ 1,4

Am 14. Wärme-Maximum: + 25 Gef.

Wärme-Minimum: - 10°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Februar Morgens 2,76 Meter.  
14. Mittags 2,76  
15. Morgens 2,72

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 14. Febr. (Schluss-Course.) Fest.  
Bond. Wechsel 20,48. Pariser do. 81,125. Wiener do. 168,40. R. M. S. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 108,5. R. M. Pr. Anth. 126,5. Reichsb. 102,5. Reichsb. 148,5. Darmst. 153,5. Meining. Br. 94,5. Dst. ang. Bank 712,00. Kreditaktien 265,5. Silberrente 67,5. Papierrente 67,5. Goldrente 85,5. Ung. Goldrente 75,5. 1860er Loope 118,5. 1864er Loope 816,00. Ung. Staats. 222,40. do. Ost. Öst. II. 98,5. Böhm. Westbahn 25,5. Elisabethb. —. Nordwestbahn 154,5. Galizier 248,5. Franzosen 264,5. Lombarden 118,5. Italiener 92,5. 1877er Russen 91,5. 1880er Russen 72,5. II. Orientali. 57. Bents. Pacific 110,5. Diskonto-Rommantid. —. III. Orientali. 56,5. Wiener Bankverein 94,5. 5% österreichische Papierrente 79,5. Buchalterader. —. Egypt 67,5. Gotthardbahn 100,5. Türken 9. Edison 113. Böck — Böckner 157,5. Rothr. Eisenwerke. —. Marienburg-Klastra. —.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 265,5. Franzosen 264,5. Galizier 248,5. Lombarden 118,5. II. Orientali. —. III. Orientali. —. Egypt 67,5. Gotthardbahn —. Spanier —. Marienburg-Klastra —. 1880er Russen —.

Wien, 14. Febr. (Schluss-Course.) Geschäftlos, ziemlich fest.

Papierrente 79,80. Silberrente 80,45. Österreich. Goldrente 101,45. 6-pro. ungar. Goldrente 121,75. 4-pro. ung. Goldrente 90,07,5. 5-pro. ungar. Papierrente 87,70. 1854er Loope 123,00. 1860er Loope 135,75. 1864er Loope 172,25. Kreditloose 173,00. ungar. Prämien 115,50. Kreditaktien 307,00. Franzosen 312,80. Lombarden 141,90. Galizier 294,50. Kasch.-Osterb. 146,50. Bardubitzer 149,50. Nordwestbahn 183,25. Elisabethbahn 228,00. Nordbahn 2677,50. Österreich. Ung. Bank. —. Türk. Loope. —. Unionbank 112,00. Anglo-Aust. 114,40. Wiener Bankverein 107,00. Ungar. Kredit 308,25. Deutsche Blaue 69,30. Londoner Wechsel 121,45. Pariser do. 48,10. Amsterdam do. 100,20. Napoleon 9,61. Dukaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten 59,30. Russische Bannoten 1,74. Semper-Gernowitz —. Kronpr. Rudolf 177,25. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Weißb. —. Elbthalb. 193,80. Tramway 227,50. Buschalterader —. Österreich. övros. Xavier 94,95.

Wien, 14. Febr. (Schluss-Course.) Geschäftlos, ziemlich fest. Papierrente 79,80. Silberrente 80,45. Österreich. Goldrente 101,45. 6-pro. ungar. Goldrente 121,75. 4-pro. ung. Goldrente 90,07,5. 5-pro. ungar. Papierrente 87,70. 1854er Loope 123,00. 1860er Loope 135,75. 1864er Loope 172,25. Kreditloose 173,00. ungar. Prämien 115,50. Kreditaktien 307,00. Franzosen 312,80. Lombarden 141,90. Galizier 294,50. Kasch.-Osterb. 146,50. Bardubitzer 149,50. Nordwestbahn 183,25. Elisabethbahn 228,00. Nordbahn 2677,50. Österreich. Ung. Bank. —. Türk. Loope. —. Unionbank 112,00. Anglo-Aust. 114,40. Wiener Bankverein 107,00. Ungar. Kredit 308,25. Deutsche Blaue 69,30. Londoner Wechsel 121,45. Pariser do. 48,10. Amsterdam do. 100,20. Napoleon 9,61. Dukaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten 59,30. Russische Bannoten 1,74. Semper-Gernowitz —. Kronpr. Rudolf 177,25. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Weißb. —. Elbthalb. 193,80. Tramway 227,50. Buschalterader —. Österreich. övros. Xavier 94,95.

London, 14. Febr. Consols 101,5. Italienische 6prozentige Rente 91,5. Lombarden 122,5. övros. Lombarden alte 11,5. övros. do. neue —. 5-pro. Russen do. 1871 86,5. övros. Russen de 1872 86,5. övros. Russen de 1873 85,5. övros. Türk. de 1865 8,5. 4-pro. fundierte Amerit. 126. Österreichische Silberrente 66,5. do. Papierrente —. 4-pro. Ungarische Goldrente 74,5. Österreich. Goldrente 84,5. Spanier 59,5. Egypt 67,5. do. unif. 67,5. Ottomanbank 15,5. Preuß. 4-pro. Consols 100,5.

Suez-Aktien 81. Silber —. Platzdiskont 3,5 v.G.

Wechselnotrungen: Deutsche Blaue 20,66. Wien 12,29. Paris 25,47. Petersburg 22,5.

London, 14. Febr. Preuß. Consols 100,5. Consols 101,5. Türk. 8,5. 1873er Russen 85,5. 6-pro. ungar. Goldrente 101,5. 4-pro. ungar. Goldrente 74,5. Egypt 67,5. Ottomanbank 15,5. Silber 51. Lombarden —. Suezaktien —. Englische Consuls höher in Folge des günstigen Bankausweises.

## Produkten-Kurse.

Köln, 14. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen biesiger loko 18,50. fremder 19,25. per März 18,00. per Mai 18,40. Juli 18,55. Roggen loko biesiger 14,50. per März 14,00. per Mai 14,45. per Juli 14,70. Hafer loko 14,00. Rüb. loko 35,00. per Mai 33,90.

Bremen, 14. Febr. Petroleum (Schlussbericht) Niedriger. Standard white loko 8,20 bez. 8,15 bez. per März 8,20 bez. per April 8,30 Br. per Mai 8,40 Br. per August-Doz. 8,85 Br.

Hamburg, 14. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen loko flau, auf Termine fest, per April-Mai 175,00 Br. 174,00 Gd. per Mai-Juni 177,00 Br. 176,00 Gd. — Roggen loko rubig, auf Termine fest, per April-Mai 134,00 Br. 133,00 Gd. — Hafer und Gerste unverändert. — Rüb. matt, loko 66 per Mai 66,00. — Spiritus rubig, per Februar 39,5 Br. per März 39,5 Br. per April-Mai 40 Br. per Mai-Juni 40 Br. — Kaffee rubig. Umtas gering. — Petroleum matt, Standard white loko 8,55 Br. 8,50 Gd. per Februar 8,35 Gd. per März 8,45 Gd. — Wetter: Schön.

Wien, 14. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen per Febr. 9,80 Gd. 9,90 Br. per Frühjahr 9,90 Gd. 9,95 Br. — Roggen per Frühjahr 8,10 Gd. 8,15 Br. pr. Mai-Juni 8,22 Gd. 8,27 Br. Mais per Mai-Juni 6,95 Gd. 7,00 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,43 G. 7,48 Br. per Mai-Juni 7,52 Gd. 7,57 Br.

Paris, 14. Febr. Produktenmarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, per Febr. 23,30. per März 23,60. per Mai-Juni 24,10. per Mai-August 25,00. Roggen rubig, per Febr. 15,40. per Mai-August 16,75. Rüb. 9 Marques steigend, per Febr. 48,60. per März 49,10. per Mai-Juni 50,50. — Hafer rubig, per Febr. 79,25. per März 78,75. per Mai-Juni 78,25. per Mai-August 77,50. — Spiritus rubig, per Febr. 45,00. per März 45,75. per Mai-April 46,00. per Mai-August 47,25. Wetter: Regen.

Amsterdam, 14. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen pr. März —. Roggen pr. März 162, per Mai —.

Antwerpen, 14. Febr. Petroleumsmarkt (Schlussbericht). Raffinirtes. Type weiß, loko 20,5 bez. 20,5 Br. pr. März — bez. 20,5 Br. per April 20,5 Br. pr. Sept.-Dezember 22,5 bez. u. Br. Weichend.

London, 14. Febr. An der Küste angeboten 10 Weizenladungen.

Wetter: Milde.

London, 14. Febr. Bei der gestrigen Wollauktion waren austriatische und Kapwollen durchschnittlich niedriger als in der Dezember-Auktion.

Liverpool, 14. Febr. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umtas 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Ruhig. Mittl.

amerikanische Februar-März-Lieferung 5,5, März-April-Lieferung 5,5, April-May-Lieferung 5,5, Mai-Juni-Lieferung 6, Juni-Juli-Lieferung 6, Juli-August-Lieferung 6,5, August-September-Lieferung 6,5.

Liverpool, 14. Febr. Baumwolle (Schlussbericht). Weitere Meldung. Pernam Fair —. Amerikaner & d. billiger.

Leith, 13. Febr. Getreidemarkt. Preise eher fest. In Weizen, Gerste und Mehl sehr beschränktes Geschäft bei kleinen Umtasen.

Glasgow, 14. Febr. Robeisen. (Schluss.) Milled numbers warten 42 lb. 9 d.

Rio de Janeiro, 13. Febr. Wechselkours auf London 22,5. do. auf Paris —. Tendenz des Kaffee marktes: Still, fest. Preis für good first 5600. Kaffee zuerst in Rio während der Woche 69,000. Kaffee von Kaffee in Rio 310,000 Sac. Ausfuhr nach Nordamerika 55,000 Sac. do. nach dem Kanal und nach der Elbe 1000 Sac. do. nach dem übrigen Europa 3000 Sac. Wirklich verläuft seit dem letzten Telegramm 29,000 Sac.

## Marktpreise in Breslau am 14. Februar.

